

Vor dem Hintergrund der Stärkung der Kultur im Land, die der Koalitionsvertrag vorsieht, ist es natürlich sinnvoll, mit der Kunststiftung über Schwerpunkte sowie gemeinsame und ergänzende Förderlinien zu sprechen. In diese Beratungen sind wir bereits eingetreten. Wir werden sie mit den Mitgliedern des Kuratoriums, dem der Herr Ministerpräsident vorsitzt, fortführen.

Ich bedaure allerdings – es sei mir gestattet, das an dieser Stelle zu erwähnen –, dass es hier nicht einen gemeinsamen, überfraktionellen Antrag gibt, wie es zum Beispiel bei der NRW-Stiftung vor einiger Zeit gelungen ist. Das ist kein wirklich guter Dienst an der Kunststiftung. Rückenwind können sowohl die Kunst als auch die Stiftung immer brauchen. Vielleicht wird es im Rahmen unserer gemeinsamen Beratungen ja noch etwas. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit haben wir den Schluss der Aussprache erreicht.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/2161** an den **Ausschuss für Kultur und Medien** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, AfD und die drei Fraktionslosen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diese Empfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

2 Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (13. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2115

erste Lesung

In Verbindung mit:

Abitur nach 9 Jahren – (Oberstufen)Reform richtig angehen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1818

Wie gestern vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, wird der Antrag Drucksache 17/1818 in

einem Verfahren gemäß § 82 Abs. 2 Buchstabe b unserer Geschäftsordnung behandelt. Das heißt: Heute findet hierzu keine Aussprache statt.

Ich eröffne die Aussprache zum Gesetzentwurf Drucksache 17/2115 und erteile hierzu zunächst Frau Ministerin Gebauer das Wort.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Acht Monate nach Amtsantritt bringt die Landesregierung nun eines der großen Gesetzesvorhaben für diese Legislaturperiode auf den Weg.

Wir haben im Koalitionsvertrag versprochen, an öffentlichen Gymnasien wieder einen neunjährigen Bildungsgang einzuführen. Wir haben ebenfalls versprochen, dass G9 auch als Halbtagsangebot möglich sein wird, und wir haben versprochen, eine unbürokratische Entscheidungsmöglichkeit für den Verbleib bei G8 zu schaffen, damit unsere Schulen die für sie beste Entscheidung selbst vor Ort treffen können. Diese Landesregierung hält Wort.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf markiert den Anfang vom Ende einer jahrelangen Debatte. G8 hat die Menschen in unserem Land wie auch in anderen Ländern bewegt. Das haben uns die vergangenen Jahre ganz deutlich gezeigt. Trotz mehrfacher Nachbesserungen sind die kritischen Stimmen zum Bildungsgang G8 nicht verstummt. Das konnte – ich sage: das durfte – nicht länger ignoriert werden.

Die Landesregierung hat gehandelt – mit einer Leitentscheidung, die besagt, dass grundsätzlich alle öffentlichen Gymnasien zum Schuljahr 2019/2020 auf den neunjährigen Bildungsgang umgestellt werden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal die wichtigsten Punkte des Gesetzentwurfes kurz vorstellen. Die Umstellung zum Schuljahr 2019/2020 umfasst dann die Klassen 5 und 6 des Gymnasiums. Gymnasien, die mit G8 in der Vergangenheit gut arbeiten konnten und gute Erfahrungen gemacht haben, dürfen auch bei G8 bleiben.

Das bedeutet in der Umsetzung: Die Schulkonferenzen haben die einmalige Option, sich mit mehr als zwei Dritteln ihrer Mitglieder für den Verbleib bei G8 auszusprechen. Hierzu bedarf es eines klaren, deutlichen Votums, daher auch die relativ große Höhe. Die Wochenstundenzahl in der Sekundarstufe I wird so bemessen, dass grundsätzlich ein Halbtagsbetrieb möglich ist. Vorgesehen sind 188 Wochenstunden, von denen acht nicht verpflichtend sind.

Selbstverständlich können auch G9-Gymnasien ihren Ganztagsbetrieb fortsetzen oder neu einführen.

Damit erhalten die Gymnasien zusätzliche Fördermöglichkeiten, und gleichzeitig erfolgt die Umstellung – das ist mir wichtig – nicht zulasten anderer Schulformen. Der Unterricht in der zweiten Fremdsprache soll in G9 wieder in der Jahrgangsstufe 7 einsetzen.

Ein letzter Punkt in diesem Zusammenhang: Ersatzschulträger können entscheiden, ob ihre Schulen in einem acht- oder neunjährigen Bildungsgang zum Abitur führen.

Meine Damen und Herren, die Umstellung auf G9 bedarf zusätzlichen Personals und wird beim Land und bei den Schulträgern weitere Kosten verursachen.

Ich komme zunächst einmal zum Personal. Im Endausbau rechnen wir gegenwärtig mit einem zusätzlichen Bedarf von etwa 2.200 Lehrerstellen. Genau werden wir dies aber erst wissen, wenn wir die Zahl der Gymnasien kennen, die bei G8 bleiben, und wenn die Ausbildungs- und Prüfungsordnung vorliegt. Die Landesregierung geht dabei aber davon aus, dass die allermeisten Gymnasien in Nordrhein-Westfalen auf G9 umstellen. Interne Abfragen bei Schulleiterdienstbesprechungen, aber auch Abfragen einiger Medienvertreter bestätigen diese Annahme.

Ansprechen möchte ich auch die Kosten für zusätzliche Räume, die die Schulträger dann zur Verfügung stellen müssen. Das Land ist auch in diesem Fall ein fairer Partner für die Kommunen. Bei der Einführung von G9 greift das Konnexitätsprinzip der Landesregierung. Darum erkennt der vorliegende Gesetzentwurf diese Konnexität schon jetzt dem Grunde nach an. Die Landesregierung hat sich entschieden, den Belastungsausgleich in einem eigenen Gesetz zu regeln. Die Arbeiten dazu laufen auf Hochtouren. Bereits im vergangenen Jahr haben wir uns gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden auf zwei unabhängige Gutachter verständigt, die die Höhe der zu erwartenden Belastungen ermitteln.

Auf Grundlage dieser belastbaren Prognosen muss das Land die Höhe der Belastungen und den Verteilungsschlüssel gesetzlich regeln. Das Gesetz zum Belastungsausgleich und das Gesetz zu G9 müssen zur selben Zeit in Kraft treten. Das heißt aber nicht, dass sie auch zur selben Zeit verabschiedet werden müssen. Gleichwohl sehen wir uns als Landesregierung selbstverständlich in der Pflicht, das Parlament rechtzeitig zum Zeitpunkt der abschließenden Entscheidung über G9 über die Eckwerte des Belastungsausgleiches zu informieren.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Die Landesregierung will Ihnen trotz des engen Zeitplanes eine verantwortungsvolle Entscheidung über die Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium ermöglichen. Mein Ziel, aber auch unser aller Ziel sollte es sein, dass das Gesetz noch vor der Sommerpause verabschiedet wird. Die Schulen und die

Schulträger benötigen möglichst schnell Klarheit, und diese Landesregierung wird dabei weiter ihren qualitativ ausgerichteten Weg zur Weiterentwicklung des Gymnasiums gehen – und dies alles auf einer seriösen Grundlage. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Ott das Wort.

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den 90er-Jahren wurde von vielen Wirtschaftsverbänden und in der öffentlichen Debatte darüber gesprochen, dass es die „German Disease“ gibt, dass es den kranken Mann Europas gibt. Vor dem Hintergrund hatte Bundespräsident Herzog 1997 die sogenannte Ruck-Rede im Schloss Bellevue gehalten.

Ich möchte mit der Genehmigung des Präsidenten zitieren. Roman Herzog sagt:

„Zuerst brauchen wir weniger Selbstgefälligkeit: Wie kommt es, daß die leistungsfähigsten Nationen in der Welt es schaffen, ihre Kinder die Schulen in der Welt zu lassen? Es sind – wohlgemerkt – gerade diese Länder, die auf dem Weltmarkt der Bildung am attraktivsten sind. Warum soll nicht auch in Deutschland ein Abitur in zwölf Jahren zu machen sein? Für mich persönlich sind die Jahre, die unseren jungen Leuten bisher verloren gehen, gestohlene Lebenszeit.“

Von der Ruck-Rede ist eigentlich nur noch der Name übrig geblieben. Aber interessant ist, dass der Erste, der vehement das Abitur nach zwölf Jahren gefordert hat, der damalige Bundespräsident gewesen ist und es aus einem neoliberalen Antrieb geschehen ist zu sagen, wir müssen entfesseln.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Im Jahr 2000 beantragt die NRW-FDP unter anderem mit Christian Lindner, das Abitur in zwölf Jahren einzuführen. Das heftige Drängen der Wirtschaftsverbände, das heftige Drängen vieler in der Öffentlichkeit wurde dann auch in politische Initiative umgesetzt, und die Umsetzung oder das Antreiben eines G8 wurde von vielen vorangetrieben.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Im Jahr 2014 habe ich mit dem CDU-Mitglied Pfarrer Meurer und zusammen mit einem Wirtschaftsberater ein paar Gedanken in einem kleinen Buch zum „Rheinischen Kapitalismus“ aufgeschrieben.

Präsident André Kuper: Herr Kollege Ott, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Höne?

Jochen Ott (SPD): Nein, im Moment nicht. Er kann mich gleich alles fragen, was er will. Ich komme noch zur FDP; keine Sorge.

Wir haben damals in einem kleinem Buch versucht zusammenzutragen, was in Bayern unterdessen geschehen war. – Mit der Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich hier aus dem Buch „Rheinischer Kapitalismus“ von 2014. Hintergrund ist die Frage, wie viele psychisch kranke Kinder es mittlerweile gibt:

„Wenn vor diesem Hintergrund sogenannte Konservative etwa die Rückkehr zur neunjährigen Schulzeit fordern, wie Anfang 2014 in Bayern geschehen, klingt das zunächst nach Einsicht. In Wahrheit handelt es sich eher um einen Treppenzwisch der Geschichte, den jüngst sogar die Tageszeitung ‚Die Welt‘ als solchen erkannte. Sie erinnerte daran, dass es seinerzeit nicht pädagogische Gründe waren, die zur G8-Regelung und auch zur Einführung der Bachelor-Studiengänge geführt haben. Argumentiert – so die Zeitung „Die Welt“ – wurde damals rein ökonomisch, die Abiturienten seien zu alt, die Studenten ebenfalls zu alt, Deutschland sei nicht mehr konkurrenzfähig.

Es war dieser Druck aus der Welt der Wirtschaftsweisheit, der die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur und die Internationalisierung der Studiengänge herbeigeführt hat. Jetzt aber, da die Wehrpflicht abgeschafft wurde und der fleißige Bachelor schon nach drei Jahren mit einem Abschluss beim Arbeitgeber anklopft, beschwert sich exakt dieselbe Wirtschaft über 21-jährige Hochschulabsolventen, gesunkenes Bildungsniveau und mangelnde Grundkenntnisse.

– Zitatende.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde, gerade in dieser Debatte steht es uns gut an, einmal zurückzuschauen, was hier eigentlich stattgefunden hat. Die gesamte politische Klasse, angetrieben durch Wirtschaftsverbände und öffentlichen Druck, haben sich in eine Debatte begeben, die nicht von den Kindern ausgegangen ist, sondern die davon ausgegangen ist, was wirtschaftlich nötig ist.

Insofern ist eine Rückbesinnung auf G9 von unserer Seite aus auf jeden Fall zu unterstützen. Aber wir sollten klarmachen: Alle gemeinsam haben hier einen großen Fehler gemacht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Um das deutlich zu sagen, weil der Präsident noch hier ist – und dabei bleibe ich auch –: Wer solche Tatzusammenhänge oder solche Fragen wie gestern zum Ganztage mit dem Thema Migration verbindet, der argumentiert zutiefst rassistisch.

(Beifall von der SPD)

Deshalb ist das auch so zu benennen; und das werde ich auch in Zukunft tun.

Insofern finde ich, dass wir sehr gut daran tun, zurückzuschauen. Die Einführung dann von G8 war aber ein besonderes Lehrstück, bei dem Schwarz-Gelb und die Mitte-rechts-Regierung eine Verantwortung tragen. Die Einführung fand nämlich damals im Eilverfahren statt, ohne dass Lehrpläne, Fortbildungen oder Schulräume für den Nachmittagsunterricht berücksichtigt wurden.

Im Juni 2006 wird mit dem 2. Schulrechtsänderungsgesetz die Sekundarstufe I auf fünf Jahre verkürzt und die Sekundarstufe II auf drei Jahre festgelegt. Anders als von Rot-Grün vorgesehen war, ist damit für das G8-Modell in der Sekundarstufe I ein Schuljahr gekürzt worden.

In der Tat hat Rot-Grün im Mai 2010 die Reform G8 weitergeführt. Viele Expertinnen und Experten aus der Praxis haben damals dazu geraten und gesagt: Ändert es jetzt nicht schon wieder, denn das gibt noch mehr Unruhe. Vielleicht war es die eigentliche Fehlentscheidung der alten Landesregierung, damals nicht doch gesagt zu haben: Wir gehen jetzt radikaler vor.

2013 in der Plenardebatte haben sowohl Herr Kaiser von der CDU als auch Yvonne Gebauer betont, dass sie eine Rückkehr zu G9 falsch finden. Damals war man sich im gesamten Hause einig.

2014 gründete Sylvia Löhrmann den runden Tisch zu G8/G9, und mit vielen gemeinsam wurde versucht, innerhalb des Systems G8 zu Verbesserungen zu kommen.

Fazit: Das G8 ist als Turboabitur verschrien, viele Eltern und Schülerinnen und Schüler haben dagegen demonstriert und haben deutlich gemacht, dass der Stress, der dort entstanden ist, für die Kinder zu viel ist.

Ich möchte trotzdem noch einmal darauf zurückkommen, wie die Situation vor der Einführung von G8 gewesen ist. Schätzungen aus dem Jahr 2006 nämlich haben gezeigt, dass etwa 5 % bis 7 % aller Kinder unter einer behandlungsbedürftigen psychischen Störung leiden. Man hatte damals ausgerechnet, dass für die Auffälligkeitsstörung, die wir ADHS nennen, im Jahr 1993 34 kg des Medikaments pro Jahr verschrieben wurden, aber 2006 bereits 1,8 t davon. Das ist fünfzigmal so viel.

Das heißt, Stress und die Frage, was im Jugendalter stattfindet, sind in den Jahren vor der Einführung von G8 bei vielen Kindern massiv angestiegen. Schon damals gab es die Erkenntnis: Woran könnte das denn liegen? Der Leistungsdruck, der Druck der Eltern, vielleicht die Sorge zu haben, dass ihr Kind keinen guten Aufstieg hat, dass die Frage, wie man sich entwickeln kann, keinen guten Leumund hat! Das war schon damals der Fall.

Auf diese gesellschaftliche Analyse haben wir gemeinsam dann auch noch G8 oben draufgesetzt mit den gefühlten, aber auch realen Verschärfungen der letzten Jahre. Das alles hat dazu geführt, dass die Eltern tatsächlich das Turboabitur als Turbo wahrgenommen haben, als weniger Lebensqualität, als weniger Möglichkeit, als Kind groß zu werden in einer Gesellschaft, in der man vielleicht einfach mal nichts tut, in der man sich auch mal langweilt und man einmal in den Tag hineinleben kann oder, wie die jungen Leute heute sagen, wo man fürs Chillen einfach mal Luft und Raum hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den Debatten des Landtags selten Zeit, solche grundsätzlichen Fragen zu diskutieren. Ich finde, die Wiedereinführung von G9 ist der Ort, wo wir uns diese Fragen stellen müssen. Deshalb ist es auch richtig und gut, dass man sich Zeit nimmt und genau überlegt, wie man das umsetzt.

Zum großen Streitpunkt entwickelt sich jetzt eigentlich nur noch die Frage: Was passiert an jeder einzelnen Schule? Wird jetzt die Debatte über die Schulzeit G8/G9 in jede Schule getragen? – Wir glauben, dass es richtiger wäre, jetzt konsequent zu sein und die grundsätzliche Schulzeit G9 in allen Schulen unseres Landes wieder einzuführen.

Wir glauben darüber hinaus, dass es allein schon deshalb richtig ist, weil wir dann für die Eltern angesichts der Anmeldungen, die in den nächsten Wochen in manchen Teilen des Landes sehr schwierig werden, weil sie nicht sicher sein können, dass sie auch die Schule ihrer Wahl bekommen, die Klarheit haben, dass es an jeder Schule das gleiche Angebot geben wird.

Nichtsdestotrotz meinen wir Sozialdemokraten, dass wir die gewonnene Zeit nutzen können, um die Umsetzung von G9 in Ruhe zu beraten und sich den eigentlichen Ort, bei der die Frage nach dem Tempo gestellt werden kann, nämlich die Oberstufe, noch einmal genauer anzuschauen.

Das Modell des Abiturs im eigenen Takt bedeutet die Möglichkeit, jedem Einzelnen zu erlauben, sich anzuschauen, was man eigentlich in der Oberstufe machen möchte, welchen fachlichen Schwerpunkt man wählen möchte, welche der Welt zugewandten Dinge man erlernen möchte – sei es ein Auslandsaufenthalt, seien es Praktika oder viele Dinge mehr.

Diese Dinge mit in eine vernünftige Oberstufenreform zu nehmen, halten wir für sehr zielführend und sinnvoll. Damit schaffen wir auch die Möglichkeit, dass jeder Einzelne sein individuelles Ziel in der Oberstufe verwirklichen kann.

Aber ich glaube, dass die Landesregierung an einer Stelle zu kurz greift, wenn sie nämlich davon spricht, dass die Schulen ein einmaliges Rückkehrrecht haben. Damit sorgt sie dafür, dass der Konflikt in den

einzelnen Schulen weitergeht. Wenn sie gleichzeitig sagt, dass man die Halbtagsschule wieder möglich machen will, sorgt sie zum anderen dafür, dass das, was bei vielen Eltern in den letzten Jahren ein großes Thema geworden ist, nämlich eine vernünftige Ganztagsbetreuung, wieder infrage gestellt werden kann.

Damit müsste man einen Schritt zurück statt nach vorne gehen, denn die gesamte Bildungsforschung zeigt, dass Ganztagschule die Möglichkeit zur besseren Bildung, vor allen Dingen zur entspannteren Bildung ermöglicht. Deshalb ist dieser Rückschritt aus unserer Sicht der falsche Weg.

(Beifall von der SPD)

Darüber hinaus stellen sich Fragen wie zum Beispiel, wie das Ganze eigentlich finanziert werden soll. Im Heimatausschuss wird von Ministerin Scharrenbach davon gesprochen, es wie in Bayern zu machen: Mehr als eine Milliarde wird es schon nicht sein. – Na ja, wenn man die Städte Nordrhein-Westfalens mit der Fläche Bayerns vergleicht, wird man schnell feststellen, dass es hier sehr viel stärker städtegetrieben ist als in Bayern. Wenn wir jetzt schon wissen, dass alleine eine große Stadt in Nordrhein-Westfalen 500 Millionen € angemeldet hat – selbst, wenn das am Ende vielleicht zu hoch gegriffen ist –, werden Sie mit einer Milliarde vorne und hinten nicht hinkommen.

Dann stellt sich die Frage, liebe Ministerin: Werden Sie am Ende bei Ihrem Versprechen bleiben können, dass die anderen Schulformen darunter nicht leiden? Oder werden wir nicht im Grunde genommen in den nächsten Jahren sämtliches Geld nur dafür ausgegeben müssen, G9 umzusetzen? Ist das zu Ende gedacht?

Umso wichtiger ist es, um diese Frage offen zu debattieren, dass das Parlament das Konnexitätsgesetz auch bekommt, dass wir erfahren, was denn bezahlt werden muss. Es kann ja nicht sein, dass wir ein Schulrechtsänderungsgesetz machen und kein Mensch weiß, was es kostet. Ich gebe offen zu: Im Rheinland hat man das eine oder andere Mal gemacht. Aber ob das so zielführend ist, sich an der Stelle rheinisch zu verhalten, weiß ich nicht. Ich glaube, das ist nicht besonders vernünftig.

Dazu kommt, dass Sie zu Recht darauf hingewiesen haben in Ihren Darstellungen und auch in öffentlichen Interviews, dass es nicht das G9 der 80er- und 90er-Jahre werden soll. Wenn es aber nicht das G9 der 80er- und 90er-Jahre werden soll und das Thema Digitalisierung eine Rolle spielt, reden wir auch für diesen Bereich der Umstellung auf digitale Schulbücher, auf die Möglichkeiten, digitale Geräte zu nutzen und die Dinge nicht von zu Hause mitzunehmen, von einem großen Betrag. Die Bertelsmann Stiftung rechnet mit 2,8 Milliarden € für ganz Deutschland. Das wären immerhin noch 700 Millionen € für NRW, wenn man damit hinkommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, last but not least wird man sich auch über die Frage unterhalten müssen – damit komme ich zum Ausgangspunkt zurück –: Wenn wir festgestellt haben, dass es ein Irrweg war, den Marktradikalen zu glauben, wir müssten hier beschleunigen, wir müssten schneller werden und, wie Roman Herzog sagte, die Selbstgefälligkeit überwinden und endlich dafür sorgen, dass die Kinder schneller in den Markt kommen, wenn wir also sagen, dass das falsch war – ist es dann heute nicht ein Irrwitz und auch wieder ein Treppenwitz der Geschichte, wenn die Mitte-rechts-Koalition Wirtschaft zu einem neuen Schwerpunkt im G9 der Zukunft machen will, das Fach Wirtschaft stärken will?

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Wäre es dann nicht richtiger, das Fach Demokratie zu stärken und angesichts der Erfahrungen, die wir auch in diesem Haus haben,

(Widerspruch von der AfD)

dafür zu sorgen, dass Kinder und Jugendliche Demokratie wertschätzen und gemeinsam für unser Land entwickeln wollen?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von Christian Loose [AfD])

– Sie können so viel schreien, wie Sie wollen. Meine Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, mit dem Thema Demokratie sind wir am Puls der Zeit.

(Zuruf von der AfD)

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten sehr sorgfältig mit den Verbänden diskutieren. Wir werden die Anhörung gemeinsam kritisch begleiten. Wir sind der festen Überzeugung, dass eine solche Schulreform am Ende breit getragen sein muss im Parlament, denn ein Hin und Her in der Schulpolitik geht am Ende des Tages zulasten der Kinder und der Menschen in diesem Land. Deshalb hoffen wir auf konstruktive Diskussionen und werden uns mit unserem Antrag in die Debatte einbringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der AfD)

Präsident André Kuper: Herr Ott, bleiben Sie bitte am Platz. – Kollege Höne von der FDP-Fraktion hat eine Kurzintervention angemeldet. Bitte.

Henning Höne (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Ott, da Sie die Zwischenfrage eben nicht zugelassen haben, melde ich mich jetzt in diesem Rahmen.

Besonders spannend finde ich, wenn ich das vorweschicken darf, dass Sie, Herr Kollege Ott, eigentlich jede bildungspolitische Debatte seit Beginn dieser Legislaturperiode erst einmal mit einer gewissen

Selbstkasteiung beginnen. Ich weiß nicht, ob Sie damit von den Versäumnissen ablenken wollen, die es vorher gegeben hat, oder glauben, dass das insgesamt in der Sache weiterhilft.

Ich will drei Aspekte besonders nennen.

Es ist mitnichten so, dass aus marktradikalen oder ähnlichen Gründen – auch wenn das Buzzwords sind, die auf SPD-Parteitagen sicherlich ganz gut funktionieren – die Schulzeitverkürzung eingeführt wurde. Fest stand, dass wir die ältesten Berufseinsteiger und die jüngsten Rentner hatten. Darauf sollte reagiert werden, und darauf wurde reagiert – übrigens auch sehr auf Hinweise und auf Anraten der Bertelsmann Stiftung, die Sie gerade in anderem Zusammenhang so gerne genannt haben.

Zweitens. Sie haben, als ich Ihnen die Zwischenfrage stellen wollte, auf einmal einen relativ großen zeitlichen Sprung gemacht. Sie haben den Anfang der 2000er benannt und sind dann auf einmal zum Jahr 2014 gegangen. Einen freundlichen Hinweis möchte ich doch geben: Die Einführung von G8 wurde kurz vor der Landtagswahl 2005 beschlossen. Ob Sie Christian Lindner von Anfang der 2000er zitieren oder nicht – er hat sicherlich rhetorisch brillant die eine oder andere Rede dazu gehalten –, gezwungen hat er die damalige Regierung sicherlich nicht, einen solchen Beschluss zu fassen.

Drittens. Ruhe in den Schulen ist einer der ganz zentralen Zielaspekte, den wir uns hier vornehmen sollten, damit sich die Schulen auf das konzentrieren können, was wirklich wichtig ist. Darum ist es richtig, dass die Schulen, die mit G8 gut fahren, dabei bleiben können, um nicht alle Schulen in eine neue Umstellung hereinzubekommen. Hierin unterscheidet sich die neue von der alten Landesregierung ganz besonders, weil wir nämlich den Akteuren vor Ort eine solche Entscheidung zutrauen und ihnen vertrauen, diese Verantwortung zu übernehmen. Dass das bei Ihnen leider nicht der Fall ist, haben wir sieben Jahre lang beobachten können.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Jochen Ott (SPD): Sehr lustig! Auch die rot-grüne Landesregierung hat damals gesagt: Wir machen ein Projekt, und einige können auf G9 gehen. – Das ist genau dieselbe Mutlosigkeit, die wir gemeinsam heute kritisieren müssen. Denn es wäre für die Schule einfacher, wenn wir ein System für alle hätten, damit ein Umziehen in NRW weiter möglich bleibt. Es gibt noch viele andere Fragen, die dazu kommen. Aber zu glauben, man könnte einige wenige Schulen bei G8 lassen und man wäre damit ein besonderer Entfesselungskünstler, das halte ich alleine schon deshalb für albern, weil sämtliche an der Anhörung beteiligte kommunalen Spitzenverbände ganz deutlich gesagt haben, dass sie das für falsch halten und schulstrukturell G9 der richtige Weg sei.

Es wäre sinnvoller, darüber nachzudenken, wie wir angesichts einer modernen Gesellschaft Bildung neu denken. Was muss eigentlich an der Schule passieren, wenn wir doch wissen, dass das, was heute gelehrt wird, immer schneller keine Bedeutung mehr hat? Müssen wir nicht im Grunde genommen ganz andere Reformen machen, aber mit den Schulen gemeinsam? Und dann macht man einen Gesamtrahmen von G9, und innerhalb dessen überlegt man mit den Schulen gemeinsam, wie Schule zukunftsfähig wird. Das ist aus meiner Sicht der richtige Weg.

Sie haben die Bertelsmann Stiftung angesprochen. – Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass es Stiftungen gibt und man sich deren Ergebnisse anguckt. Es geht aber nicht, dass wirtschaftsinteressen geleitete Studien immer eins zu eins umgesetzt werden. Da müssen wir alle miteinander kritischer werden. Wenn eine Bertelsmann Stiftung sagt, G8 sei ganz toll, dann ist das wunderbar. In der Bildungsforschung gibt es übrigens, Herr Höne, viele, die sagen: Es kommt am Ende gar nicht auf die Länge der Schulzeit an, sondern es kommt am Ende darauf an, was in dieser Schulzeit gelernt wird. – Nur, am Ende des Tages geht es heute darum, für die Zukunft diese Schule zu entwickeln. Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln, das geht nicht.

Zum letzten Aspekt, den Sie angesprochen haben: Ich habe keine Zweifel daran gelassen, wer G8/G9 in Nordrhein-Westfalen eingeführt hat. Deshalb ist es auch richtig, an einem solchen Tag gemeinsam kritisch zurückzugucken und festzustellen:

Die Vorstellung, dass der Markt alles regelt, oder wie es der Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft, Professor Fels, in den 90er-Jahren allen in den Kopf gebimst hat, nämlich zu sagen: „Der Markt ist wie das Wetter. Da kann man nichts machen. Da muss man sich anpassen“ – diese Einstellung von Wirtschaftspolitik hat uns perspektivisch nicht nur in G8, sondern in vieles andere geführt. Deshalb habe ich grundsätzlich etwas gegen Ihre Entfesselungsstrategie, weil sie zum Nachteil von vielen Menschen in unserem Land geworden ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Danke schön. – Für die CDU-Fraktion hat nun Frau Kollegin Vogt das Wort.

Petra Vogt (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ott! Herr Ott, Sie haben gerade die Ruck-Rede des damaligen Bundespräsidenten angesprochen. Ich muss Ihnen leider sagen, auch wenn Sie gerade nicht zuhören: Ihre Rede war keine Ruck-Rede, sondern eine Rückwärts-Rede, die zu diesem Thema ganz wenig beigetragen hat.

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

Sie haben mit einer Pseudokapitalismuskritik auf Ihre verfehlte Schulpolitik reagiert. Ich glaube, da kann man auch nicht zuhören, denn dann erfährt man, was man in den vergangenen Jahren alles falsch gemacht hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das entscheidende Detail, das Sie vorhin weggelassen haben, hat freundlicherweise der Kollege Höne angesprochen: Es war eine rot-grüne Landesregierung, die G8 beschlossen hat. Kurz darauf gab es eine andere Landesregierung, nämlich eine schwarz-gelbe, die hat dann die Schublade geöffnet – so haben mir die Kollegen berichtet – und geschaut, was die rot-grüne Regierung für die Umsetzung von G8 vorbereitet hatte. Die Schublade war leider leer. Da war nämlich gar nichts vorbereitet. Deswegen hatten wir von Anfang an riesige Probleme, weil die Vorbereitung einfach nicht gestimmt hat. Auch das gehört zu Ihrem geschichtlichen Rückblick.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unabhängig von der Vergangenheitsbewältigung ist es heute wichtig, klar festzustellen, dass auf den heutigen Tag viele Menschen in Nordrhein-Westfalen ganz lange gewartet haben. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf will die Landesregierung eine nachhaltige Lösung der Strukturfrage der gymnasialen Bildungsgänge herbeiführen. Schon lange ist keine Strukturfrage in unserem Schulsystem so intensiv diskutiert worden wie die um acht- oder neunjährige Bildungsgänge am Gymnasium.

Bereits bei der Einführung von G8 an Gymnasien gab es kritische Stimmen, die vor einer zu großen Verdichtung des Stoffes warnten. Allerdings überwog damals das Interesse an einer verkürzten Ausbildungszeit, da im internationalen Vergleich – es wurde bereits angesprochen – unsere Studienabsolventen zumeist deutlich älter waren.

Durch den Wegfall der Wehrpflicht und frühere Einschulung haben sich die Rahmenbedingungen allerdings verändert. Hinzu kommt, dass bei steigender Lebenserwartung und späterem Renteneinstiegsalter von vielen nicht mehr die Notwendigkeit gesehen wird, in möglichst kurzer Zeit die Ausbildung zu absolvieren. Wichtig ist in den Augen vieler, den jungen Menschen Raum zur persönlichen Entwicklung und Zeit für außerschulische Angebote zu geben. Da sage ich am heutigen Tag, dass wir als CDU-Fraktion das ganz nachdrücklich unterstützen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir wünschen uns junge Menschen, die neben ihrer Schulzeit die Möglichkeit haben, ehrenamtlich tätig

zu sein, in Sportvereinen, in Kirchen, in Musikschulen, in sonstigen Vereinigungen. Auch das gehört zur Entwicklung eines Menschen dazu. Dazu wollen wir am heutigen Tag den Startschuss geben.

Zu diesen veränderten Einstellungen kommt die häufig schwierige Organisation des G8-Bildungsgangs hinzu. Klagen über zahlreiche Freistunden und De-facto-Ganztagsbetrieb ohne die entsprechenden Voraussetzungen sind eher die Regel als die Ausnahme. Den Versuch der Vorgängerregierung, diese Probleme mithilfe eines runden Tisches in den Griff zu bekommen, darf man getrost als gescheitert betrachten. Ganz im Gegenteil entwickelte sich ab 2015 die Ablehnung von G8 mit großer Dynamik.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass ca. 80 % unserer Bevölkerung eine Rückkehr zum neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium wünschen. Diesem klaren Wunsch der Menschen muss verantwortungsvolle Politik nachkommen. Und das macht die Landesregierung heute mit dem vorliegenden Gesetzentwurf.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ab dem Schuljahr 2019/2020 gilt die Leitentscheidung der grundsätzlichen Umstellung auf den neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium.

Allerdings zeigte sich bei allen Debatten zu dieser Strukturfrage auch immer wieder der Wunsch, nach Jahren der Umstellungsphase endlich in Ruhe am Gymnasium arbeiten zu können. Auch wenn die Zahl der Gymnasien, die mit G8 fortfahren möchten, in letzter Zeit wohl geringer geworden ist, gibt es sowohl an einigen Schulen als auch bei ca. 20 % unserer Bevölkerung den Wunsch nach einem G8-Bildungsgang.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Wahlkampf hat die CDU-Fraktion den Menschen versprochen: Wer Ruhe an seiner Schule haben möchte, der soll die Ruhe an seiner Schule haben; der kann gerne so weiterarbeiten wie bislang. Und dazu stehen wir auch am heutigen Tag.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es ist daher für uns wichtig, den Schulen die Freiheit zu überlassen, ob sie der Leitentscheidung zu G9 folgen oder ob sie sich mit einem entsprechenden Beschluss der Schulkonferenz für den Verbleib bei G8 entscheiden.

Wichtig ist uns in diesem Zusammenhang, dass auch eine individuelle Verkürzung des neuen neunjährigen Bildungsganges in Gruppen ermöglicht wird. So haben Schülerinnen und Schüler, die kein G8-Angebot in ihrer Nähe mehr vorfinden, trotzdem die Möglichkeit der Verkürzung ihrer Schullaufbahn.

Diese Regelungen werden, wie bereits erwähnt, ab dem Schuljahr 2019/2020 greifen und für die Kinder gelten, die zu diesem Zeitpunkt die 5. und 6. Klasse

besuchen. Dem Wunsch, diese Regelungen auch für dann bereits höhere Klassen umzusetzen, werden wir nicht nachkommen.

Bei einer Expertenanhörung vor wenigen Monaten hier im Landtag wurde mehr als deutlich, dass der vom Ministerium vorgelegte Zeitplan bereits ziemlich ambitioniert ist. Die Einführung von G8 musste man damals sehr schnell und ohne entsprechende Vorbereitung umsetzen. Wir wollen am heutigen Tage verhindern, dass so etwas wieder passiert. Deswegen sagen wir: Hier geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Die Ministerin hat es angesprochen: Die Qualität steht im Vordergrund, nicht wieder ein neues organisatorisches Chaos. Wir möchten, dass diesmal ein reibungsloser Übergang möglich ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unruhe hatten unsere Gymnasien in der Vergangenheit nämlich wahrlich genug.

Natürlich taucht im Zusammenhang mit dieser Strukturveränderung auch die Frage nach der Konnexität auf. Anders als die abgewählte Landesregierung es beispielsweise beim Inklusionsgesetz gehandhabt hat, spricht der vorliegende Gesetzentwurf klar von der Anwendung des Konnexitätsprinzips. Es versetzt einen immer noch in Erstaunen, wenn man an das Drama denkt, dass man sich seinerzeit erst nach monatelangen Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden überhaupt darauf einigen konnte, dass beim Inklusionsgesetz tatsächlich Geld vom Land an die Gemeinden fließen muss. Darüber wurde lange Zeit überhaupt nicht gesprochen; es wurde einfach gelehnet.

Das ist plötzlich alles vergessen. Am heutigen Tag fordert die SPD nicht nur, was legitim ist, dass die Konnexität anerkannt wird, sondern dass parallel zum Schulrechtsänderungsgesetz ein Gesetz zum Konnexitätsausgleich vorliegen soll. Hätten Sie so in der Vergangenheit gearbeitet, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen, dann wären Sie heute wahrscheinlich noch in der Regierung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gott sei Dank sind Sie das nicht mehr!

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

– Ja, das weiß man nicht.

Ich erinnere einmal daran, was damals ein Verfassungsrechtler in der Anhörung zum Inklusionsgesetz gesagt hat. Er hat wörtlich gesagt: „Es ist der untaugliche und verfassungswidrige Versuch, Konnexität zu vermeiden“. In diesem Sinne war auch Ihr ganzes Gesetz geschrieben.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sich nach einer solchen Historie heute mit der Forderung hinzustellen: „Klar, dass Konnexität gelten soll; legen Sie bitte diese Schätzungen noch am gleichen Tage vor!“, das ist schon wirklich dreist.

(Beifall von der CDU)

Wir als CDU-Fraktion freuen uns daher, dass das weitere Vorgehen wie gehabt von der Ministerin gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart wurde. Das ist in einer guten Partnerschaft so üblich. Wir werden es anders machen als Sie in der Vergangenheit. Und das ist gut so.

Unser Dank gilt am heutigen Tag von daher der Ministerin und ihrem Ministerium für die geleistete Arbeit. Wir sind überzeugt, dass wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf eine gute Basis für die kommenden Beratungen geschaffen haben, und wir sind sicher, dass es ein Gesetz zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler werden wird. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Vogt. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Müller-Rech.

Franziska Müller-Rech (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute ist ein guter Tag für die Gymnasien in NRW. Der überwiegende Teil der Schüler, Lehrer, Schulleiter und der Elternschaft unseres Landes spricht sich für eine Rückkehr zu einem neunjährigen Bildungsgang an den Gymnasien aus.

Ich freue mich außerordentlich, dass die neue Landesregierung uns heute nach nur wenigen Monaten im Amt einen Gesetzentwurf vorlegt, der die Frage nach G8/G9 abschließend klärt und endlich für Ruhe an den Gymnasien sorgt.

Er ist ein Meilenstein und einer der wichtigsten Gesetzentwürfe dieser Legislaturperiode. Zudem ist er ein wichtiger Schritt hin zu weltbesten Bildung.

Wir werden mit diesem Gesetzentwurf – er wurde rechtssicher erarbeitet, und alle relevanten Akteure wurden mit einbezogen – alle im Koalitionsvertrag getroffenen Aussagen umsetzen. Die wichtigsten Kernpunkte möchte ich nun hervorheben.

Erstens. Die Landesregierung hat die klare Leitentscheidung für die Gymnasien zur Rückkehr zu G9 getroffen. Damit können Schülerinnen und Schüler ihr Abitur wieder nach insgesamt 13 Schuljahren ablegen. Durch die geänderte Stundentafel kann dies auch im Halbtagsbetrieb geschehen.

Der Gesetzentwurf ermöglicht auch, dass Gymnasien G8 fortführen können. Die Opposition fordert jedoch – das haben wir eben gehört –, dass es den

Bildungsgang G9 verbindlich für alle Gymnasien geben müsse, damit die Reform einheitlich für alle Schulen gestaltet werden könne. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten das Feedback erhalten, dass es durchaus Gymnasien in Nordrhein-Westfalen gibt, die aus unterschiedlichen Gründen bei G8 bleiben wollen.

Vom Kollegen Ott haben wir vorhin gehört, dass diese Entscheidungsfreiheit Mutlosigkeit sei. Herr Ott, was ist denn das für ein Blick auf Freiheit und darauf, Schulen mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort zu geben? Das nennen Sie mutlos? – Das entlarvt doch direkt, welchen Blick auf Freiheit Sie als Sozialdemokraten haben!

(Beifall von der FDP und der CDU – Frank Müller [SPD]: Das ist keine Freiheit!)

Ich möchte von Ihnen wissen, liebe Kollegen: Wieso wollen Sie alle Gymnasien unseres Landes zur Rückkehr zwingen?

(Jochen Ott [SPD]: Wer sagt das denn?)

Wieso müssen wir diese Entscheidung hier in Düsseldorf treffen?

(Frank Müller [SPD]: Wer sagt das denn? Antrag lesen hilft!)

Lassen Sie doch die Gymnasien in Ruhe! Lassen Sie sie von ihrem Initiativrecht Gebrauch machen und lassen Sie sie die Entscheidung über den Verbleib bei G8 vor Ort treffen!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Werden die Gymnasien nicht tätig, kehren sie ja automatisch zurück.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist kein Mut, das ist Angst!)

Wir sagen: Die Beteiligten vor Ort wissen am besten, was für ihre Schülerinnen und Schüler am besten ist.

Mit der Wahlmöglichkeit wollen wir außerdem ein wichtiges Signal für alle Schulen in NRW setzen. Die Wahlmöglichkeit ist der erste richtige Schritt in Richtung mehr Schulfreiheit.

Zweitens. Im Gesetzentwurf ist die Möglichkeit aufgeführt, innerhalb von G9 den Weg zum Abitur zu verkürzen. Ich zitiere: Die Möglichkeit einer individuellen Verkürzung des Bildungsgangs in G9 im Wege der Vorversetzung auch in Gruppen wird ausdrücklich geregelt. – Wir denken hier vom Schüler und seinen individuellen Chancen her. Durch das Springerkonzept gleichen wir aus, dass es wahrscheinlich nicht in jeder Kommune ein G8-Gymnasium geben wird.

Wir nehmen mit diesem Konzept den einzelnen Schüler in den Fokus und ermöglichen, in zwölf Jahren zum Abitur zu kommen – unter den Voraussetzungen, dass die Schülerin oder der Schüler die entsprechenden Zensuren, persönliche Eignung und Engagement mitbringt.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Ott würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Franziska Müller-Rech (FDP): Ich möchte gern in meinem Redefluss fortfahren.

Wie gesagt: Durch das Springerkonzept gleichen wir entsprechend aus.

(Frank Müller [SPD]: Herr Höne, das ist wie im Sandkasten!)

Ich bin selber in den Genuss des Gruppenspringens gekommen. Natürlich mussten wir uns reinknien, und sicherlich gab es sehr anstrengende Momente. Aber ich hatte tolle Unterstützung der Lehrer, eine engagierte Stufenleiterin, die die Aufbaukurse unterrichtet hat, und einen wunderbaren Gruppenzusammenhalt. Wir haben uns motiviert, gepusht, unterstützt und auch aufgefangen, wenn man mal ans Aufgeben gedacht hat.

Ich wusste es sehr zu schätzen, dass ich nicht alleine eine Klasse übersprungen habe, sondern zusammen in der Gruppe. Deswegen ist es mir sehr wichtig, dass dieser Aspekt im Gesetzentwurf enthalten ist.

Drittens. In der sechsjährigen Sekundarstufe I an den G9-Gymnasien erhalten die Schülerinnen und Schüler den mittleren Schulabschluss und mit der Versetzung die Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe. Sie nehmen auch an der zentralen Prüfung in der 10. Klasse teil.

Schülerinnen und Schüler, die ein G8-Abitur machen, erhalten nach wie vor den mittleren Schulabschluss am Ende von Klasse 10 – also am Ende der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe – durch die Versetzung in die Qualifikationsphase.

Viertens. Die Opposition spricht sich dafür aus, zusätzlich zu den 5. und 6. Klassen noch weitere Klassen mitzunehmen, damit auch sie von der Reform profitieren können. Wir müssen irgendwo eine Linie ziehen, und leider gibt es immer Personen, die mit ihrer Position nicht zufrieden sind. Das ist nicht schön, gehört aber zu unserer Verantwortung und zur politischen Stichtagsentscheidung dazu.

Die Entscheidung für die 5. und 6. Klassen ist aber wohlüberlegt. Sie richtet sich zum Beispiel nach dem Bestehen der Erprobungsstufe, dem veränderten Einsetzen der zweiten Fremdsprache in Klasse 7,

aber auch nach rein praktischen Aspekten, wie zum Beispiel, den Kommunen ausreichend Zeit zu geben, um die Frage des erhöhten Raumbedarfs durch die Umstellung zu klären.

Gerade vonseiten der SPD höre ich immer wieder, wie sehr diese Frage Sie umtreibt. Zumindest gewinne ich diesen Eindruck im Sportausschuss, in dem Frau Abgeordnete Kraft nicht müde wird, dieses Thema immer wieder vorzutragen und zu betonen.

Einerseits sorgen Sie sich darum, dass die Kommunen es nicht schaffen könnten, diesen erhöhten Raumbedarf zu decken, andererseits wollen Sie aber mehr Klassen mitnehmen und damit den Umstellungszeitraum für die Kommunen verkürzen. Das passt überhaupt nicht zusammen.

Zudem wäre eine Erstreckung auf weitere Jahrgänge wegen der dann bereits fortgeschrittenen Schullaufbahn nicht zu empfehlen.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Deswegen ist die Entscheidung für die 5. und 6. Klassen richtig.

Fünftens. Etliche Kommunen haben anklagen lassen, dass sie bezogen auf die finanziellen Auswirkungen der Rückkehr der Gymnasien zu G9 Sorgen haben. Selbstverständlich werden die Kommunen mit der finanziellen Mehrbelastung infolge der Umsetzung aber nicht allein gelassen.

Hierzu ermittelt ein Gutachterteam eine Prognose zur Höhe der zu erwartenden Belastungen. Natürlich werden wir als Parlament rechtzeitig über die Eckwerte des Belastungsausgleichsgesetzes informiert.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist aber nett von Ihnen! Es steht ja nur in der Verfassung! – Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Die Umstellung auf G9 erfordert auch eine Überarbeitung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung, damit das neue G9 nicht einfach nur zu einer Rückkehr zum alten G9 wird. Die Einzelregelungen, wie zum Beispiel die Ausgestaltung des Springermodells und der Studentafel, erfolgen in der neu zu fassenden Ausbildungs- und Prüfungsordnung. Diese wird im Anschluss an das Gesetzgebungsverfahren umgesetzt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Haben Sie einen Regierungsentwurf?)

Dieser gute Tag für die Gymnasien in NRW zeigt: Im Zentrum aller Anstrengungen der NRW-Koalition steht eine Stärkung der gymnasialen Bildung in NRW insgesamt. – Ich freue mich auf die weiteren Diskussionen im Verfahren. Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Frau Kollegin Müller-Rech. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Abgeordnete Sigrid Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Was erwarten die Schulen, die Schülerinnen und Schüler und die Eltern von dieser heutigen Debatte? – Sicherlich keine rückwärtsgewandte Debatte, sondern eine Debatte, die nach vorne gerichtet ist. Auf einige Dinge muss aber noch einmal Bezug genommen werden.

Liebe Frau Vogt, Geschichtsklitterung hilft hier auch nicht weiter. Bei Regierungsantritt 2005 war Schwarz-Gelb nicht gezwungen, die Sekundarstufe I zu verändern. Diese Schulzeitverkürzung haben allein Sie zu verantworten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich bin froh, dass Sie in Ihrer Rede gesagt haben, das sei überstürzt gewesen, es hätte organisatorisches Chaos an den Schulen ausgelöst und das Ganze sei auch nicht vorbereitet worden. Wenn Sie sich von Ihren Kolleginnen und Kollegen hätten umfassend informieren lassen, hätten Sie gewusst, dass Rot-Grün die Schulzeitverkürzungen für die Oberstufe angelegt hatte. Natürlich wäre dann Zeit gewesen, vorweg die nötigen Schritte einzuleiten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Lindner hat noch vor Kurzem in einer Debatte hier im Landtag davon gesprochen, Entscheidungen der Akteure vor Ort und die Individualisierung von Lernwegen seien totale Beliebigkeit. Mich wundert da schon sehr, wie Sie, Herr Höne, dies heute kommentieren.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Beer ...

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Müller-Rech, Sie sprechen davon, die Beteiligten vor Ort ernst zu nehmen. – Ich darf Sie erinnern an die Stellungnahmen von Landkreistag, Städte- und Gemeindebund, Rheinischer sowie Westfälisch-Lippischer Direktorenvereinigung, GEW, VBE, DGB, Landeselternkonferenz, Landeselternschaft der Gymnasien und Landes-schülerInnenvertretung, ...

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Und Schulen!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Beer ...

Sigrid Beer (GRÜNE): ... die deutlich gesagt haben: Wir möchten eine Leitentscheidung, die wirklich eine

Leitentscheidung ist, nämlich, dass alle Schulen nur G9 anbieten.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Beer ...

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, ich versuche, Sie zu unterbrechen, weil es zwei Wünsche nach einer Zwischenfrage gibt, und zwar bei Herrn Kollegen Rock und bei Frau Kollegin Vogt.

Sigrid Beer (GRÜNE): Das machen wir gerne im Anschluss. Ich möchte erst mal vortragen, und dann können wir das noch mit reinnehmen.

Die Meinung der Beteiligten muss wirklich respektiert und ernst genommen werden. Dieses Votum gibt es. Ich bitte daher um eine Leitentscheidung, die auch wirklich eine Leitentscheidung ist.

Es war demaskierend und entlarvend, dass die Ministerin in ihrer Pressekonferenz gesagt hat: Ja, diese Voten gibt es, aber der Koalitionsvertrag sagt etwas anderes. Also machen wir, was im Koalitionsvertrag steht.

(Ministerin Yvonne Gebauer: Das habe ich überhaupt nicht gesagt! Das haben Sie aus dem Zusammenhang gerissen!)

Das hat nichts mit einer Sachentscheidung zu tun. Sie haben nicht die Kraft gehabt, sich von dem Koalitionsvertrag zu lösen und sich in das hineinzusetzen, was Ihnen die Verbände mitgeteilt haben und was der Wunsch der Beteiligten vor Ort ist.

(Henning Höne [FDP]: Sehr frei zitiert, Frau Beer!)

Das muss sehr deutlich gesagt werden.

Welche Lehren sollten wir aus dem Diskurs über den Prozess ziehen, der in der Tat auch in Nordrhein-Westfalen viel Kraft gekostet hat? Der Diskurs ist heute bereits aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet worden. Da wird viel Energie in die Strukturdiskussionen am Gymnasium gesteckt; denn viele Widersprüche sind noch nicht aufgelöst. Das ist nicht gut.

Wir sollten Energie in die Entwicklung guter Schule stecken, in die Entwicklung individueller Lernzeiten für Schülerinnen und Schüler und in die Qualität von Schule. Da muss die wertvolle Energie von Kolleginnen und Kollegen und von allen Beteiligten einfließen.

Ich habe Bedenken dahin gehend, dass diese Leitentscheidung nur eine eingeschränkte Leitentscheidung ist. Die Entscheidung für das Weiterbestehen

von G8 ist nur die eine Seite. Auf der anderen Seite gibt es aber noch eine Switch-Option, nach der die Schulträger sich erneut entscheiden können und das ganze Rad erneut in Gang gesetzt wird. Damit kommt keine Ruhe in die Schule. Vielmehr verlagern Sie die Unruhe wieder vor Ort in die Elternschaft und an die Schulen. Eine Leitentscheidung muss eine Leitentscheidung sein, und die bereits vorhandene Individualisierung der Lernwege muss garantiert werden.

Wir sollten bitte nicht das zurückdrehen, was Schulen schon an individuellen Lernzeiten innovativ entwickelt haben. Ich bekomme derzeit Rückmeldungen, dass einige – auch in den Kollegien – glauben, es gehe jetzt wieder zurück zum alten Halbtagsgymnasium, und dass sich der Prozess wieder rückabwickeln ließe.

Wir sollten uns aber gemeinsam dafür einsetzen, dass der Ganzttag in Nordrhein-Westfalen erhalten bleibt, und wir sollten ihn qualitativ zu einem Angebot erweiterter Lernzeiten für Schülerinnen und Schüler und umfassender Bildung weiterentwickeln.

(Bodo Löttgen [CDU]: Nein! – Franziska Müller-Rech [FDP]: Nein!)

Das ist das Gebot der Stunde: Mehr Zeit für Bildung!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Weiterhin müssen wir miteinander über die Frage diskutieren, welche Bildung wir für das 21. Jahrhundert und dafür brauchen, dass junge Menschen befähigt werden, diese Gesellschaft und ihre Zukunft mitzugestalten. Über diese Frage benötigen wir auch einen schulfachlichen Diskurs. Deswegen bin ich sehr gespannt, welche Antworten wir dazu in der Anhörung bekommen werden.

Im Hinblick auf eine andere Frage reicht es leider nicht aus, nur zu sagen: Ja, wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben. – Das ist gut für den Belastungsausgleich, Frau Müller-Rech. Dennoch müssen die Ergebnisse des Gutachtens bis zur Anhörung vorliegen – das sage ich auch der Ministerin.

(Zuruf von Ministerin Yvonne Gebauer)

Wie sollen wir uns denn über Konnexität unterhalten und sie bewerten, wenn uns das nicht vorliegt? Wir brauchen das parlamentarische Verfahren, ansonsten werden wir die Anhörung über das Schulgesetz nicht entsprechend durchführen können. Das muss man ganz deutlich sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben schon mit Ihren Fragebögen für Schulträger und Schulen für ein bisschen Verstimmung gesorgt. Das musste mühsam zusammengeführt werden. Sicher kann ich nachvollziehen, wie schwierig das Geschäft für Gutachterinnen und Gutachter ist;

denn die Rückmeldungen aus den Kommunen kommen nicht immer so, wie man sich das gewünscht hat. Auch im Zusammenhang mit dem Inklusionsleistungsgesetz stellt sich immer wieder die Frage, ob die Daten wirklich ausreichend und belastbar sind. Wir brauchen das aber; denn die Lage in den Kommunen ist sehr unterschiedlich.

Frau Scharrenbach schlägt vor, einfach von Bayern auszugehen. Nordrhein-Westfalen ist aber noch eine ganz andere Dimension. Da gehen wir in der Tat in Richtung 1 Milliarde €. Dass dann andere Schulen und Schulformen fragen, zu wessen Lasten das eigentlich geht, ist sehr verständlich.

Frau Ministerin, ich frage Sie, wie die im Endausbau anfallenden 2.200 zusätzlichen Lehrerstellen eigentlich gestemmt werden sollen. Was bleibt dann angesichts der Lage des Lehrermarkts für die anderen – die Gesamtschulen, die Grundschulen, die Realschulen und die Sekundarschulen – überhaupt noch übrig? Wer bekommt demnächst die Lehrerstellen?

Sie haben gesagt: Bei der Bildungspauschale könnt ihr vor Ort mitfinanzieren. – Was heißt das denn? Es kann doch nicht sein, dass aus der Bildungspauschale und schon gar nicht aus dem Programm „Gute Schule 2020“ Zufinanzierungen entnommen werden sollen, die zulasten anderer Schulen und Schulformen gehen. Nein, da muss sauber getrennt werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

All diese Fragen sind Sie schuldig geblieben. Wir wissen auch noch nicht, was mit dem Ausbildungsjahrgang 2023/24 geschieht und wie die Sache mit den Hochschulen gehandhabt wird. Auch da sind noch Fragen offen.

Die Fragen von Frau Vogt und Herrn Rock können jetzt gerne gestellt werden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Das können sie tun, wenn sie das noch möchten. Offensichtlich ist Frau Beer jetzt mit ihrem eigentlichen Redebeitrag am Ende. Wir hängen großzügigerweise die beiden Zwischenfragen an. Frau Vogt, Herr Rock, Sie müssten sich noch einmal eindrücken. – Zuerst Herr Rock.

Frank Rock (CDU): Frau Beer, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen, wenn auch mit einer zeitlichen Verzögerung. Die Frage passt eigentlich zu Ihrem Wortbeitrag ganz am Anfang.

Die Kollegin Vogt hatte ja erklärt, wie die Gesetzeslage bzw. die Gesetzeszusammenstellung 2005 aussah. Ich habe auch vernommen, dass Sie selber erst am 8. Juni 2005 in den Landtag eingezogen sind.

Ich möchte Sie fragen: Welche Regierung hat am 27. Januar 2005 das neue Schulgesetz verabschiedet?

War es Rot-Grün oder Schwarz-Gelb? In diesem Gesetzentwurf stand meines Wissens die Verkürzung von G9 auf G8. Es war nach meiner Recherche eine rot-grüne Regierung, die G8 gesetzesmäßig eingeführt hat. Ist das richtig oder falsch?

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Rock, wenn Sie so fragen, will ich auch gerne umfänglich antworten. Sie haben, glaube ich, nicht wahrgenommen, was ich eben gesagt habe. Ja, Rot-Grün hat in großer Einmütigkeit hier im Landtag G8 eingeführt, aber anders, nämlich ohne eine Schulzeitverkürzung in der Sek. I.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es gab die Option für Schulen, sich dann für eine zweijährige oder eine dreijährige Oberstufe zu entscheiden. Das ist der Unterschied. Schwarz-Gelb hat den Murks mit der Schulzeitverkürzung in der Sek. I gemacht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Jetzt Frau Kollegin Vogt. – Herr Rock, eine zweite Zwischenfrage lasse ich nicht zu. – Frau Kollegin Vogt.

Petra Vogt (CDU): Frau Beer, könnten Sie mir die Frage beantworten, was die damalige rot-grüne Landesregierung für die Einführung von G8 vorbereitet hatte?

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich will Sie auch noch einmal darauf hinweisen, dass eben keine Schulzeitverkürzung in der Sek. I geplant war. Deswegen bestand der Vorlauf – Sie wissen, wie viele Klassen und Jahrgänge es in der Sekundarstufe I gibt – in dem Arbeitsprozess, mit dem eine flexible Lösung für die Sek. II vorbereitet werden sollte. Das braucht Jahre an Vorlauf!

Sie dagegen haben im Laufe des ersten Regierungsjahres innerhalb von drei Monaten ein Schulgesetz beschlossen und haben den Schulen und den Kommunen die Verkürzung der Sek. I vor die Tür geworfen, völlig ohne Lehrpläne, aber mit dem Bedarf nach einer Mensa. Das sind die Dinge, an denen die Schulen sich abarbeiten mussten und mit denen sie gehardet haben. Darum herrschte 2010 dann die Haltung vor, erst einmal mit allen Änderungen am Gymnasium in Ruhe gelassen zu werden.

Wir führen jetzt eine gesellschaftliche Diskussion, an der wir alle teilnehmen. Ich finde die Leitentscheidungen

richtig; das will ich ausdrücklich noch einmal sagen. Diese Leitentscheidung muss dann aber auch für alle gelten.

(Beifall von den GRÜNEN und Regina Kopp-Herr [SPD])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Herr Rock, die Diskussion setzen wir dann an anderer Stelle fort. Denn wenn ich jetzt noch eine zweite Zwischenfrage von Ihnen zulasse, nachdem der eigentliche Redebeitrag von Frau Beer zu Ende war und auch die Redezeit abgelaufen ist, schaffe ich einen Präzedenzfall, den wir nicht mehr einholen können.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und der FDP)

Ich glaube, dass Sie dafür auch Verständnis haben werden.

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Seifen für die AfD-Fraktion.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Endlich liegt der Gesetzentwurf zur Abwicklung der verunglückten Schulzeitverkürzung am Gymnasium vor. Die Ministerin hat sich schließlich dem öffentlichen Druck gebeugt, aber man hat den Eindruck, dass man sie zum Jagen tragen musste. Für alle übersetzt: Man hatte den Eindruck, dass ihre Begeisterung, in diesen Prozess der Gesetzesänderung einzutreten, bei null lag.

Noch in der letzten Legislaturperiode lehnte sie jede Zurücknahme der Schulzeitverkürzung ab. Zitat aus ihrer Rede: Wir sind aber wiederum zu der Meinung gekommen, dass wir eine Rückkehr zu G9 für falsch halten. – Zitat Ende. – Etwas später geht es weiter: Wir möchten die Gymnasien in Nordrhein-Westfalen stärken. Eine Stärkung findet aber nicht statt, wenn man diese Schulform mit riesigen neuen Umwälzungen belastet. – Zitat Ende. So unsere heutige Ministerin.

Die heutige Ministerin war damals als schulpolitische Sprecherin der Auffassung, dass man die Belastungen, welchen Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte ausgesetzt waren, lieber ins Unendliche verlängern sollte. Sie nahm damals einfach nicht wahr, dass die Verdichtung der Lernzeit in der Sekundarstufe I geradezu schädlich ist. Es ist die Zeit, in der die jungen Menschen in rasanter Geschwindigkeit und Intensität eine durchgreifende physische und psychische Entwicklung durchmachen. Dazu braucht es Zeit.

Dass die Ministerin damals die Rückkehr von G8 zu G9 als – Zitat – „riesige neue Umwälzung“ charakterisierte, macht deutlich, wie wenig Kenntnisse die damalige schulpolitische Sprecherin der FDP vorzuweisen hatte.

(Beifall von der AfD – Lachen von Ministerin Yvonne Gebauer)

So ist zu vermuten, dass ihre Entscheidung für G9 nicht ihrer inneren Überzeugung entspringt, sondern ausschließlich dem Druck der Elterninitiative „G9-jetzt!“ und den Verwerfungen zu verdanken ist, die Sie mit diesem Experiment angerichtet haben. Diese waren zu groß, als dass Sie wieder hätten darüber hinwegbügeln können, wie das noch Frau Löhrmann, Ihre Vorgängerin im Amt, mit ihrem runden Tisch versucht hat.

G8 ließ dem Einzelnen keine Muße, sich die geistigen Sachverhalte anzueignen, verhinderte vor allem das gründliche Lernen und ließ so manche gymnasiale Laufbahn frühzeitig scheitern. Für dieses Scheitern müssen auch Sie sich in die Verantwortung nehmen lassen, Frau Ministerin –

(Beifall von der AfD)

Sie und alle die anderen hier, die ohne Kenntnis von Lernvorgängen und vor allem ohne Empathie für die Schülerinnen und Schülern Schulgesetze gedrückt haben, deren Regelungen zum Teil ohne Sinn und Verstand waren.

Das alles haben Ihnen übrigens Schulleitungen zurückgemeldet. Da können Sie sich nicht herausreden, Sie hätten von nichts gewusst. Aber wie das manchmal bei Leuten ist, die in ihrem parlamentarischen Elfenbeinturm leben, haben Sie die berechtigten und schulfachlich überzeugenden Rückmeldungen aus den Schulen und von den Eltern einfach ignoriert.

Als Sie dann merkten, wie dilettantisch die Schulzeitverkürzung angelegt war, versuchten Sie durch ständiges Nachjustieren immer anderer Stellschrauben den Schaden zu minimieren.

Die als Entlastung vorgesehenen Maßnahmen der letzten Landesregierung verschärften noch den Bildungsabbau und führten zu noch mehr Lernstress, wenn die Schüler den Anforderungen der zentralen Prüfungen gerecht werden wollten. Denn wer auf der einen Seite Hausarbeiten für überflüssig hält und auf der anderen Seite solche Prüfungen verlangt, der muss sich nicht wundern, dass die Kinder diesen Spagat nicht schaffen.

(Beifall von der AfD)

Kinder sind keine Leistungsmaschinen. Sie sind Heranwachsende, deren Aufnahmefähigkeit von der jeweiligen altersspezifischen Entwicklungsstufe abhängt, sodass sie einfach Zeit brauchen, um ihre intellektuellen Fähigkeiten zu entfalten, ihre sozialen Kompetenzen auszubilden und ihre charakterlichen Stärken zu formen.

Dazu gehört auch die gründliche Nach- und Vorbereitung des Unterrichtsstoffes am Nachmittag in der Hausarbeit.

Darüber hinaus brauchen die Schülerinnen und Schüler auch Zeit, außerschulische Bildungs- und Sportangebote anzunehmen sowie sich ehrenamtlich zu engagieren. Dies alles zu erfahren und zu erleben, ist für die Persönlichkeitsbildung junger Menschen unabdingbar.

Ihre Entscheidung zu G8 war pädagogisch, didaktisch, menschlich und gesellschaftlich ein völliger Fehlgriff, ja, eine Katastrophe.

(Beifall von der AfD)

Dass Sie darüber immer noch hinweglächeln, Frau Müller-Rech, zeigt, wie ignorant Sie eigentlich gegenüber den Nöten und Sorgen der Schülerinnen und Schüler sind.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Das ist für mich bezeichnend.

Dieser Fehlgriff zeigt übrigens auch, wie sehr Sie sich von den Bildungstraditionen unseres Landes entfernt haben.

(Zurufe von Franziska Müller-Rech [FDP] und Bodo Löttgen [CDU])

Er zeugt davon, dass Sie von den Voraussetzungen, die das Lernen und die Entfaltung von Begabungen und Persönlichkeiten haben, wenig wissen oder ihnen einfach keine Beachtung schenken.

Dass Sie mit G8 noch mal eben ein Jahr Geschichte und Physik eliminiert haben, hat doch erst richtig deutlich gemacht, dass Ihre Aussagen zum Bildungsstandort Deutschland nicht mit substantiellen Vorstellungen unterfüttert sind.

(Beifall von der AfD)

Sie, die ursächlichen Betreiber dieses undurchdachten und völlig dilettantisch angelegten Experimentes G8, haben nun endlich klein beigegeben und sich offenbar dem Willen der Elterninitiative „G9-jetzt-NRW“ gebeugt und wieder einmal eine Position der AfD übernommen.

(Widerspruch von der FDP – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Wir haben ja bereits gestern freudig wahrgenommen, dass auch in der Schadstoffdiskussion um den Dieselmotor Herr Löttgen endlich verstanden und akzeptiert hat, was die AfD-Vertreter bereits seit Langem sagen, dass nämlich die Dieseldiskussion Teil eines Wirtschaftskrieges gegen unser Land ist.

(Zurufe von Franziska Müller-Rech [FDP] und Bodo Löttgen [CDU])

Ich hoffe natürlich, dass Sie in gleicher Weise von Ihren verqueren Vorstellungen, die Sie in den Bildungsbereich eingebracht haben, Abstand nehmen. Daran habe ich aber immer noch meine Zweifel. G8

war ein fröhliches Experiment zugunsten der Wirtschaft, ohne Rücksicht auf das Wohl der jungen Menschen. Die Ansätze zu diesem Experiment liegen 27 Jahre zurück, Anfang der 1990er-Jahre. Herr Reul war damals in der CDU federführend in dieser Angelegenheit und hat diesen Antrag gestellt. Jetzt ist er Innenminister. Bleibt nur zu hoffen, dass er in diesem Bereich nicht so viel Unheil anrichtet wie im Schulbereich.

(Beifall von der AfD)

Und Sie, sehr geehrte Ministerin, kommen ja auch aus der freien Wirtschaft, aus der Immobilienbranche, wenn ich richtig informiert bin. Ich habe den Eindruck, dass Sie Elemente aus Ihrem Erfahrungsraum in die Schulen und in das Bildungswesen transferieren wollen, dass Sie von der irrigen Vorstellung nicht ablassen wollen, Schulen seien wenigstens partiell wie Wirtschaftsunternehmen zu führen und zu organisieren.

Denn Sie wollen ja das Experiment G8 minimiert weiterführen, indem Sie einzelnen Schulen die Wahl lassen, G8-Gymnasien zu bleiben. Die Vertreter der kommunalen Verbände haben Ihnen dringend davon abgeraten, aber das interessiert Sie ja alles nicht. Sie schaffen damit ein neues Durcheinander, und zwar in den Städten wie auch bei der Organisation von Schullaufbahnen. Ich könnte Ihnen das jetzt in einer ruhigen Stunde sehr intensiv erklären; leider habe ich nicht genügend Redezeit, die dazu reichen würde.

Bieten Sie den überdurchschnittlich begabten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, individuell zu springen; das reicht völlig.

(Beifall von der AfD)

Zur künstlichen Verzögerung der Einführung von G9: Wir haben bereits im Juli 2017 einen Antrag eingereicht, diese Einführung sofort vorzunehmen. Wir werden dem Gesetz natürlich zustimmen, aber ich befürchte, wir von der AfD werden noch viel Zeit und Geduld brauchen, um Sie auf den rechten Weg zurückzuführen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Vielleicht kommt einmal der Zeitpunkt, an dem Sie einsehen, dass die Bologna-Reform gescheitert ist. Dann reden wir wieder über das, was Sie an Chaos angerichtet haben. Ich bin allerdings guter Hoffnung, dass die Macht des Faktischen einmal so stark ist, dass auch Sie hier in diesem parlamentarischen Elfenbeinturm nicht daran vorbeikommen, sich diesen Fakten zu beugen und endlich eine Politik für die Bürger und Menschen in diesem Land zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Abgeordneter Seifen. – Die nächste Rede hält der fraktionslose Abgeordnete Pretzell.

Marcus Pretzell (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die grundsätzliche Entscheidung, zu G9 zurückzukehren, kann man nur begrüßen. Ich glaube, die Debatte hat gezeigt, dass es darüber im Grundsatz auch keinen Dissens gibt.

Aber wenn wir ganz kurz einmal zurückgehen in den Landtagswahlkampf: Da habe ich gerade mit Vertretern der FDP häufiger eine Debatte darüber gehabt, ob man wirklich zurück zu G9 geht oder ob man ein Mischmodell macht. Sie haben damals schon das Mischmodell vertreten und haben das – so wie Frau Müller-Rech eben auch – als Freiheit verkauft.

Ich habe immer gesagt: Meine Damen und Herren, passen Sie auf, dass am Ende der – umzugsbedingt vielleicht notwendige – Übergang von einer Schule zu einer anderen nicht nur zum Problem wird, wenn Sie von Nordrhein-Westfalen in ein anderes Bundesland umziehen müssen, sondern wenn Sie schon in den Nachbarort ziehen. Wenn ein Schüler in Münster G8 besucht hat und dann nach Steinfurt zieht, wo man sich für G9 entschieden hat, bekommt dieser Schüler ein Problem mit der von Ihnen beabsichtigten Reform.

Genau das hat die Frau Ministerin ja auch bestätigt. Sie geht davon aus, dass sich die allermeisten Schulen für G9 entscheiden werden. Das bedeutet, dass diejenigen Schüler, die auf einer Schule sind, die sich für G8 entscheidet, selbst bei einem Umzug in die Nachbargemeinde ein Problem haben. Da werden Sie die nämlich mit Kinderlandverschickung herumtransportieren müssen.

Frau Kollegin Müller-Rech, wenn Sie die Entscheidungsfreiheit von staatlichen Institutionen für Freiheit halten, dann offenbart das einen ziemlich verqueren Freiheitsbegriff.

(Zurufe von Franziska Müller-Rech [FDP] und Bodo Löttgen [CDU])

Es geht bei der Freiheit, wenn überhaupt, um die Freiheiten des Bürgers. – Frau Müller-Rech, hören Sie einmal ganz kurz zu! Sie können gleich reden. Stellen Sie eine Zwischenfrage oder machen Sie sonst irgendetwas. – Aber wenn Sie das für Freiheit halten...

Es geht um die Freiheit von Bürgern und Schülern. Es geht um die Freiheit, wenn überhaupt, der Schüler, sich für die eine oder die andere Form zu entscheiden. Genau diese Freiheit gewährleisten Sie mit Ihrem Entwurf aber nicht. Sie gewährleisten einzig und allein die Freiheit von staatlichen Institutionen, nämlich Schulen und nicht Schülern, sich für die eine oder andere Form zu entscheiden.

Das offenbart einen unglaublich verquerten Freiheitsbegriff, Frau Müller-Rech. Da gehen Sie mal in sich und denken darüber nach, was das eigentlich bedeutet. Das ist leider nicht nur für Sie symptomatisch, sondern auch für Ihre Partei – sehr bedauerlich.

Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Das, was Sie tun, ist die Verweigerung der Übernahme von Verantwortung für eine politische Entscheidung, nämlich G8 oder G9. Sie überlassen diese Entscheidung den Schulen, Sie schaffen damit Beliebigkeit, Sie schaffen damit gerade keine Rechtssicherheit, keine Sicherheit für die betroffenen Schüler, keine Sicherheit für die betroffenen Eltern.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Marcus Pretzell (fraktionslos): Das ist an dieser Stelle zu kritisieren. – Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Pretzell. – Die nächste Wortmeldung hat Herr Ott von der SPD-Fraktion.

Jochen Ott (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Zurufe)

– Ja, mit der Theorie habt ihr es ein bisschen schwer; ich weiß.

Ich möchte auf die Julis eingehen, nämlich auf Herrn Körner, der bei der Podiumsdiskussion vor Kurzem darauf hingewiesen hat, dass er einen liberalen Weg eigentlich sehr sympathisch finde, nämlich ob man nicht gucken kann, was Jugendliche eigentlich brauchen und welchen Weg zum Abitur sie gehen könnten.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

– Ich weiß alles!

Meines Wissens ist das ein Juli-Beschluss.

Und deshalb will ich zurückkommen auf den Anfang. Frau Vogt, ich weiß, dass es der CDU und vielleicht auch Teilen der FDP schwerfällt, aber ich glaube tatsächlich, dass im politischen System Fehlerkultur dazugehört. Und zur Fehlerkultur gehört auch, zu bekennen, was wir gemeinsam falsch gemacht haben. Und gemeinsam sind wir den Weg falsch gegangen, aber besonders falsch war dann auch noch die Verkürzung der Sekundarstufe I – das hat Sigrid Beer dargestellt.

Jetzt muss es, wenn wir in eine Schulreform gehen, das Ziel sein, möglichst gemeinsam viele Dinge nach vorne zu bringen, weil die Menschen den Anspruch haben, bei Schulsystemfragen nicht „rin inne Kartoffeln, raus ausse Kartoffeln“ zu erleben.

Vor diesem Hintergrund komme ich noch einmal zurück auf die Julis bzw. auf meinen und den Vorschlag der SPD-Fraktion zum Thema „Abitur im eigenen Takt“. Wir sind der festen Überzeugung, dass es sinnvoll ist, darüber nachzudenken, wie auch Beschleunigung innerhalb des Schulsystems, aber auch unterschiedliche Tempi möglich werden.

Kinder brauchen unterschiedliche Förderung. Einfach nur zu überspringen, ist einfach zu wenig, weil wir wissen, dass bei vielen Kindern natürlich auch die sozial-emotionale Entwicklung verlorengehen kann. Und dann ist es ganz schwierig, wenn Kinder in die nächste Stufe kommen und vielleicht schon mit fünf eingeschult worden sind.

Deshalb glaube ich aus tiefster Überzeugung: Wir müssen gucken, ob wir ein gutes Modell finden, in dem innerhalb des G9-Gymnasiums dafür Sorge getragen ist, dass individuelle Wege möglich werden.

Dazu gehört auch, dass uns die Enttäuschung der Eltern, die demonstriert haben, nicht gleichgültig sein darf. Wir brauchen ein Übergangsszenario. Es dürfen nicht die die Dummen sein, die demonstriert haben.

Der letzte Punkt: Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Löttgen, hat bei unserer gemeinsamen Podiumsdiskussion, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Jochen Ott (SPD): ... wo er kurzfristig zum schulpolitischen Sprecher seiner Fraktion wurde, unter großem Applaus gesagt – und ich teile diese Aussage: Kultur, Musik, Theater, das sind die Dinge, die an vielen Stellen vielleicht wichtiger werden sollten. – Deshalb hören Sie auf, Wirtschaft in den Mittelpunkt zu stellen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit!

Jochen Ott (SPD): Lassen Sie uns gemeinsam über ein Bildungssystem streiten und die Chance für das G9 nutzen, ein neues G9 zu machen und Abstand davon nehmen, in die Mottenkiste der 50er-, 60er- oder 90er-Jahre zu greifen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Petra Vogt [CDU])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Abgeordneter Ott. – Und jetzt hat für die Landesregierung Frau Ministerin Gebauer das Wort.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! – Eine Bemerkung vorweg, Herr Seifen, zur

Kritik an meiner Person und an meiner Fachlichkeit: Den vermeintlich fachlichen und intellektuellen Inhalt Ihrer bildungspolitischen Anträge möchte ich heute nicht kommentieren. Das tun meine Landtagskollegen und Landtagskolleginnen in den Ausschüssen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen aber sagen: Den Kommentaren meiner Kolleginnen und Kollegen kann ich und werde ich mich vollumfänglich anschließen.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Liebe Frau Beer, Sie haben meine Pressekonferenz angesprochen. Es freut mich, dass Sie als Opposition den Pressekonferenzen folgen. Ich finde es dann aber auch nur fair, wenn man dann auch richtig zitiert.

Ich komme jetzt zu dem Gesetzgebungsverfahren, zu der Verfassungsmäßigkeit getrennter Gesetzgebungsverfahren. Ich habe das bereits ausgeführt, führe es gerne aber noch einmal aus.

Mit der Trennung in zwei Gesetzgebungsverfahren bewegt sich diese Landesregierung, bewegt sich mein Haus auf verfassungsrechtlich gesicherter Grundlage. Ich möchte Ihnen auch erklären, warum das so ist, und vielleicht anhand eines Beispiels zeigen, wie denn in der Vergangenheit vorgegangen wurde und wie wir es jetzt nicht tun. Ich richte selten den Blick zurück – das wissen Sie –, aber da am heutigen Tag das doch sehr oft getan wurde, erlaube ich es mir, es an dieser Stelle auch zu tun.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, darf ich Sie unterbrechen, weil jetzt die Frau Kollegin Beer Ihnen eine Zwischenfrage stellen möchte.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Nein, ich würde gerne zu Ende reden. Danke.

Ich möchte an das 9. Schulrechtsänderungsgesetz zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf schulische Inklusion erinnern. Da fand die erste Lesung am 24. April 2013 statt. Eine Konnexität haben Sie darin damals ausdrücklich nicht anerkannt.

Erst als Sie erkannt haben, dass Ihre Position aufgrund des enormen Drucks der kommunalen Spitzenverbände nicht mehr haltbar war, haben Sie den Belastungsausgleich geregelt. Die erste Lesung des entsprechenden Gesetzentwurfes „Belastungsausgleich“ der Fraktionen von SPD und Grünen erfolgte am 14. Mai 2014. Ich darf das andere Datum noch einmal nennen: 24. April 2013, Gesetzentwurf „Belastungsausgleich“, erste Lesung, 14. Mai 2014.

Das 9. Schulrechtsänderungsgesetz wurde beschlossen – ohne Belastungsausgleich – am 16. Oktober 2013. Also: Ein halbes Jahr später haben Sie

damals über den Belastungsausgleich, die Anerkennung der Konnexität, beim großen Thema „Inklusion“ gesprochen.

(Jochen Ott [SPD]: Das war ein Fehler!)

– Das war ein Fehler. Vielen lieben Dank, Herr Ott. Ich freue mich, dass wir das so zu Protokoll nehmen können.

Ich kann deswegen umso weniger verstehen, dass Sie sich jetzt hier und heute hinstellen und das von uns gewählte Verfahren und den Prozess in derartiger Weise kritisieren. Wir haben uns mit den kommunalen Spitzenverbänden im Zusammenwirken mit den Gutachtern geeinigt., Professor Klemm ist einer der beiden Gutachter. Mit ihm hat die Vorgängerlandesregierung auch des Öfteren zusammengearbeitet, und er war auch tätig im Zusammenhang mit dem Belastungsausgleich zum 9. Schulrechtsänderungsgesetz.

(Zuruf von der SPD: Die Summen sind ganz andere! – Weiterer Zuruf von der SPD: Nennen Sie doch mal die Summen, Frau Ministerin! – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Ministerin, ich möchte Sie jetzt noch einmal kurz unterbrechen, weil Frau Kollegin Beer erneut um eine Zwischenfrage bittet.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Jetzt bitte nicht. Wenn am Ende noch Fragen offen sind, beantworte ich die gerne.

(Zurufe)

Das Konnexitätsausführungsgesetz gibt genau den Weg – und diesen gehen wir jetzt – für den Umgang mit den Kommunen für den Fall vor, in dem ein erforderlicher Belastungsausgleich nicht bereits in dem Gesetz enthalten ist. Dann ist in dieses Gesetz ein entsprechender Hinweis auf die gesonderte Belastungsausgleichsregelung aufzunehmen. Das ist in Art. 2 des Ihnen vorliegenden Gesetzentwurfs geschehen. Somit sind wir dieser Verpflichtung nachgekommen.

Nach Auffassung des Verfassungsgerichts muss die Belastungsausgleichsregelung in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Aufgabenübertragung getroffen werden. Dieser unmittelbare zeitliche Zusammenhang ist gewahrt, wenn die Aufgaben und die Belastungsausgleichsregelung zeitgleich in Kraft treten. – Das wird bei diesem 13. Schulrechtsänderungsgesetz der Fall sein.

Jetzt komme ich zu der Kostenermittlung. Herr Ott, ich weiß, es gibt einzelne Schulträger, die sich Sorgen machen wegen der tatsächlichen zusätzlichen Kosten im Zusammenhang mit der Umstellung von

G8 auf G9. Ich habe immer gesagt, dass ich das gut nachvollziehen kann.

Ich halte aber nichts von Zahlenspekulationen und Panikmache. Wir stehen mit den kommunalen Spitzenverbänden – das werden die Ihnen auch bestätigen – in einem sehr engen Dialog. Wir haben uns bereits jetzt einvernehmlich auf eine Kostenermittlung verständigt. Diese erfolgt derzeit.

Jetzt etwas zum zusätzlichen Raumbedarf: Ja, es ist richtig, die Gutachter sind momentan dabei, die Fakten zu erheben, die dann Grundlage für die Empfehlung für eine Belastungsausgleichsregelung sein werden. Aber ich möchte eines heute auch ganz deutlich sagen: Nicht alle Raumprobleme an Gymnasien – besonders in großen Städten – haben etwas mit der Einführung von G9 zu tun. Herr Ott, wir kommen beide aus unserer geliebten Stadt Köln. Wir wissen, dass dort die Probleme ganz woanders herrühren.

Das heißt, am Ende des Tages werden wir uns diese Prognose ganz genau anschauen müssen. Wir werden sie genau prüfen müssen und uns dann mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammensetzen, um zu schauen, welche Kosten tatsächlich konnexitätsrelevant sind.

Wir haben heute viel über die schulrechtlichen Fragen gesprochen. Darum geht es auch in diesem Schulrechtsänderungsgesetz. Natürlich – Frau Beer, da haben Sie recht – geht es um viele schulfachliche Fragen. In diesem Zusammenhang gibt es in unserem Hause eine FAQ-Liste, die permanent ergänzt wird. Wir stehen auch insofern mit allen Beteiligten in einem engen Austausch.

In der vergangenen Woche sind die schulfachlichen Eckpunkte an die betroffenen Verbände herausgegangen, die diese jetzt diskutieren. Im April gibt es nach den Osterferien in meinem Haus einen Termin mit allen Verbänden und Beteiligten, bei denen wir genau die von ihnen angesprochenen Fragen in ausreichender Zeit diskutieren werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. Sie haben sicherlich bemerkt, dass wir das Leuchtsignal „Kurzintervention“ angeschaltet haben. Die Kurzintervention ist – das wird Sie nicht wundern – von Frau Kollegin Beer angemeldet. Frau Kollegin Beer, bitte.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, ich schaue mir gerne noch einmal den Livestream an, wenn er abzurufen ist, und auch Ihre Äußerung in der Pressekonferenz. Ich habe den Eindruck gehabt, Sie hätten vielleicht gerne die konsequente Leitentscheidung gehabt. Sie

fühlen sich aber an den Koalitionsvertrag und vor allem an das Votum der regierungstragenden Fraktionen gebunden und haben eben nicht die Freiheit gehabt, in anderer Weise zu agieren. Aber ich sehe mir das noch einmal an.

Jetzt zu dem anderen Punkt: Sie haben recht, wenn Sie auf den Inklusionsprozess verweisen. Ich sage dazu ganz freimütig: Es wäre in der Tat besser gewesen, wenn das vorher geklärt gewesen wäre. Das hätte viele negative Diskussionen zum Inklusionsprozess überflüssig gemacht oder sie wären nicht in dieser Weise aufgetaucht. Die Fraktionen haben damals diese Initiative aus gutem Grund ergriffen, weil wir das auch genau so gesehen haben.

Wenn man diese Lehre aber so zieht – ich sage nichts gegen den Prozess mit den Gutachtern –, dann bitte ich allerdings, dass wir das Ergebnis des Gutachtens zeitnah erhalten, weil sich doch dann etwas in dem Prozess ändern soll, wenn Sie auch kritisiert haben, dass das anders war. Wir sagen dazu: Ja, so herum ist es besser.

Ich frage Sie deshalb: Wann legen Sie uns als Parlament den Bericht der Gutachter vor und wann soll der Gesetzentwurf eingebracht werden; Sie arbeiten daran ja schon fleißig?

Auf eine andere Frage habe ich auch noch keine Antwort. Sie haben – daran erinnere ich mich aufgrund eines Interviews im „Kölner Stadt-Anzeiger“ – gesagt, die „Bildungspauschale“ solle mit herangezogen werden. Herr Lienenkämper hat gesagt „Gute Schule 2020“ auf keinen Fall.

Verursacht durch Ihr Gesetz muss es eine Sondersumme geben. Ist das richtig?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Die Frau Ministerin hat jetzt Gelegenheit zur Antwort.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Ich weiß, dass Geduld nicht die Tugend der Opposition ist. In diesem Zusammenhang sage ich aber auch: Sie bekommen das Ergebnis dann, wenn das Gutachten fertig ist. So einfach ist das.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist dann fertig, wenn es fertig ist. Das Gutachten wird rechtzeitig fertig sein. Sie werden alle notwendigen Informationen diesbezüglich erhalten. Wir sind ein fairer Partner der Kommunen. Das haben wir immer gesagt. Dieser faire Partner werden wir auch in Zukunft sein. Wenn die Ergebnisse tatsächlich so weit sind, dass sie verkündet werden können, werde ich das tun.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Ministerin, Danke schön. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen nicht vor, obwohl noch Redezeit vorhanden wäre. Dann schließe ich die Aussprache zum Gesetzentwurf unter Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Gesetzentwurf Drucksache 18/2115**. Der Ältestenrat empfiehlt, wie Sie wissen, die **Überweisung** des Gesetzentwurfes an den **Ausschuss für Schule und Bildung** – federführend – und mitberatend an die **Ausschüsse für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**, an den **Wissenschaftsausschuss** und an den **Haushalts- und Finanzausschuss**.

Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, AfD und die drei fraktionslosen Abgeordneten. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Enthaltungen auch nicht. Dann haben wir einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zur zweiten Abstimmung, und zwar über den **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 17/1818**. Hier wissen Sie, dass der Ältestenrat empfiehlt, diesen Antrag an den **Ausschuss für Schule und Bildung** in der Federführung und an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**, an den **Wissenschaftsausschuss** sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss** in der Mitberatung zu überweisen. Wie gestern beschlossen, sollen die abschließende Aussprache und Abstimmung nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir auch diese Überweisung einstimmig vorgenommen. Ich kann damit den Tagesordnungspunkt 2 schließen.

Ich rufe auf:

3 Präventionsmaßnahmen gegen Neosalafismus in Nordrhein-Westfalen nachhaltig verankern und ausbauen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/472

Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
Drucksache 17/2171

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat Herr Kollege Panske für die CDU-Fraktion das Wort.

Dietmar Panske (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wenn man sich die Problembeschreibungen des vorliegenden Antrags der Grünen so anschaut, dann muss man Ihnen zugestehen: Aus der Heile-Welt-Romantik der vergangenen Jahre sind Sie so langsam herausgewachsen.

Mit Ihrem Antrag kommen Sie heute auch endlich der Bedrohungsrealität für unser Land, für unsere freiheitliche Gesellschaft und für jeden einzelnen Bürger nahe; denn Salafismus, meine Damen und Herren, ist eine echte Bedrohung. Salafismus ist nicht mehr der Weg zur Radikalisierung, Salafismus ist bereits Radikalisierung – eine Radikalisierung mit einem ganz direkten und ganz kurzen Weg zu Gewalt und Terrorismus.

Der Kampf gegen den Salafismus kann aber weder eindimensional noch durch bloße Aneinanderreihung von Einzelmaßnahmen geführt werden. Rekrutierung, Indoktrinierung, die Schaffung von psychischen Abhängigkeiten, das systematische Ausschalten einer eigenen Persönlichkeit, die verdeckten abgeschotteten Strukturen der realen Salafismusbedrohung in unserem Land: All das braucht auf unserer Seite mehr, um es wirklich bekämpfen zu können, mehr als nur ein Frühwarnsystem.

Wir brauchen ein wirksames funktionierendes Schutzschild für Gefährdete und für Aussteiger wie aber auch für unsere Gesellschaft und wie für jeden einzelnen Bürger.

(Beifall von der CDU)

Hier brauchen wir eine Weiterentwicklung von Konzepten, wir brauchen eine Weiterentwicklung einer umfassenden Strategie, eine Strategie von Prävention und eine Strategie für den Ausstieg.

Ich betone ganz bewusst: Wir brauchen auch eine Strategie, die sich an der Realität ausrichtet, eine Strategie, die ganz konkrete Lösungen und Hilfestellungen denjenigen anbietet, die dies vor Ort in den Städten und Gemeinden umsetzen sollen, und für diejenigen, für die Prävention und Ausstieg gemacht werden sollen – egal, ob das in den Salafismushochburgen von Nordrhein-Westfalen ist, egal ob es in den Ballungszentren oder im ländlichen Raum ist.

Wir brauchen auch keine Grundlagenforschung mehr über Salafismus, wie es die Grünen fordern.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Es gibt kaum welche!)

Für die Grundlagenforschung über Salafismus gibt es schon genug kluge Forscher, dicke Bücher und tiefgehende Erkenntnisse. Was wir wirklich brauchen und auch einfordern, ist die Forschung aus der Praxis; Forschung, die uns als Gesetzgeber, aber noch viel mehr Forschung, die den Praktikern vor Ort wirksame Instrumente an die Hand gibt, wie wir gerade bei jungen Leuten das Abdriften in den Salafismus verhindern können.